



WIR FORDERN ...

... eine ausreichende Finanzierung und den weiteren Ausbau des ÖPNV zur Unterstützung der Verkehrswende.

..., dass Mobilität als zentraler Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge für alle bezahlbar und zugänglich sein muss.

... "Gute Arbeit" und Tariftreue für die Beschäftigten im Verkehrssektor zu sichern. Dazu gehört, dass die Beschäftigten im ÖPNV bei einem Betreiberwechsel verpflichtend zu den bisherigen Löhne und Arbeitsbedingungen übernommen werden.

... daher, den Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre im Personenbeförderungsgesetz abzuschaffen.

... den Güterverkehr stärker auf die Schiene zu verlagern

Am 14. März 2021 wird gewählt ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

eine gute öffentliche Daseinsvorsorge wird - auch und vor allem - in unserer unmittelbaren Umgebung, also in Städten und Gemeinden, in unseren Kommunen, politisch gestaltet und entschieden. Grund genug, einen Blick auf unsere Themen und Forderungen zu werfen. Mehr Infos auch unter:

www.nordhessen.dgb.de

oder auf unserem Facebook-Auftritt.

Schaut doch mal vorbei. Und nutzt am 14. März euer Wahlrecht.

KOMMUNALWAHL IN HESSEN 2021





Der DGB in Hessen Thüringen sagt:

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Sie muss für alle bezahlbar und zugänglich sein. Seit Jahren existiert in der Verkehrsinfrastruktur ein Investitionsstau, der Wirtschaft und Arbeitsplätze gefährdet. In der Corona-Krise hat sich der kommunale Investitionsstau weiter verschärft und beläuft sich inzwischen auf 147 Milliarden Euro. Allein auf den Bereich der kommunalen Straßen entfallen davon 37 Milliarden Euro.

Der DGB setzt sich für dauerhaft und deutlich mehr öffentliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur ein. Dabei soll der Erhalt vor dem Neubau gefördert werden. Ländliche Regionen müssen besser an die Städte und Ballungsräume angebunden werden.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssen sämtliche Verkehrsträger stärker miteinander vernetzt und klimafreundliche Verkehrsträger wie Bus, Bahn und Fahrrad gestärkt werden. Damit mehr Beschäftigte auf Bus und Bahn umsteigen, müssen betriebliche Mobilitätskonzepte stärker unterstützt und die Konditionen für Job-Tickets verbessert werden. Dies gilt insbesondere für Kleinstund Kleinbetriebe.

Die Kommune soll als Vorbild für eine klimafreundliche betriebliche Mobilität voran gehen. Elektromobilität und emissionsarme Antriebstechnologien müssen mit entsprechender Ladeinfrastruktur ebenso stärker gefördert werden wie alternative Mobilitätsangebote stärker gefördert werden.

Der Güterverkehr muss stärker auf die Schiene verlagert werden. Der DGB fordert eine ausreichend Finanzierung des ÖPNV. Weil die Kommunen dazu nicht in der Lage sind, ist eine dauerhaft höhere Beteiligung des Bundes und des Landes unerlässlich.

Der DGB fordert, dass "Gute Arbeit" und Tariftreue für die Beschäftigten im Verkehrssektor gesichert werden. Dazu gehört, dass die Beschäftigten im ÖPNV bei einem Betreiberwechsel verpflichtend zu den bisherigen Löhne und Arbeitsbedingungen übernommen werden. Der Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre muss im Personenbeförderungsgesetz abgeschafft werden.

Verkehrssicherheit ist für den DGB wichtig. Er engagiert sich für die Vision Zero, die die Zahl der Verkehrstoten auf null reduzieren will. In der Corona-Pandemie hat digitales Arbeiten zugenommen. Weil dieses dazu beiträgt, den Verkehr in den Städten und Ballungsräumen zu reduzieren und zu entzerren, sollte dieses stärker genutzt werden. Dazu muss die Breitbandinfrastruktur ausgebaut werden.

Das Positionspapier des DGB Hessen-Thüringen zu Straße, Schiene und ÖPNV in Hessen bietet weiterführende Informationen:

https://hessen-thueringen.dgb.de/-/Y3j

